

ERDERWÄRMUNG

Klinisch tot

Beim Weltklimagipfel in Durban steht das Kyoto-Protokoll vor dem Scheitern. Neue verbindliche Ziele zur CO₂-Minderung wird es nicht geben. Die Bundesregierung sucht nach Auswegen.



Fabrik in der chinesischen Provinz Hubei

verbindliche Klimaabkommen, steht vor dem Aus. Das bisher wichtigste Instrument, um Industrieländer zur Reduktion ihrer Treibhausgase zu zwingen, scheint zur Fußnote der Geschichte zu verkommen.

Ende 2012 laufen die bisherigen Vereinbarungen zur CO₂-Minderung aus. Der Widerstand gegen neue Ziele ist riesig. Die Umweltminister und Unterhändler von knapp 200 Staaten, die ab Ende November im südafrikanischen Durban zu einer neuerlichen Weltklimakonferenz zusammenkommen, sind weit davon entfernt, dem Kyoto-Prozess neues Leben einzuhauchen.

Christiana Figueres, die Klimaschutz-Chefin der Uno, behauptet zwar tapfer, dass in Durban „alle Seiten eine finale politische Lösung wollen“. Doch diese Lösung wird wohl darin bestehen, künftig auf feste Vereinbarungen zur CO₂-Minderung zu verzichten. „Das Treffen in Durban könnte zum Trauerakt werden“, warnt Reimund Schwarze vom Climate Service Center in Hamburg, das im Auftrag der Bundesregierung die Klimapolitik analysiert.

Als Angela Merkel 1997 vom Uno-Klimagipfel in der japanischen Kaiserstadt Kyoto zurückkam, war die damalige Bundesumweltministerin erschöpft von nächtelangen Verhandlungen. Aber sie war auch stolz. Die Industriestaaten hatten versprochen, ihren Ausstoß von Treibhausgasen für den Zeitraum von 2008 bis 2012 um fünf Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Die Konferenz sei ein „Meilenstein in der Geschichte des Umweltschutzes“, sagte sie. Ein „unumkehrbarer Prozess“, den Ausstoß von Treibhausgasen zu vermindern, sei eingeleitet worden.

Obwohl die Industriestaaten das Ziel von damals erreichen werden, ist bei der heutigen Bundeskanzlerin der Optimis-

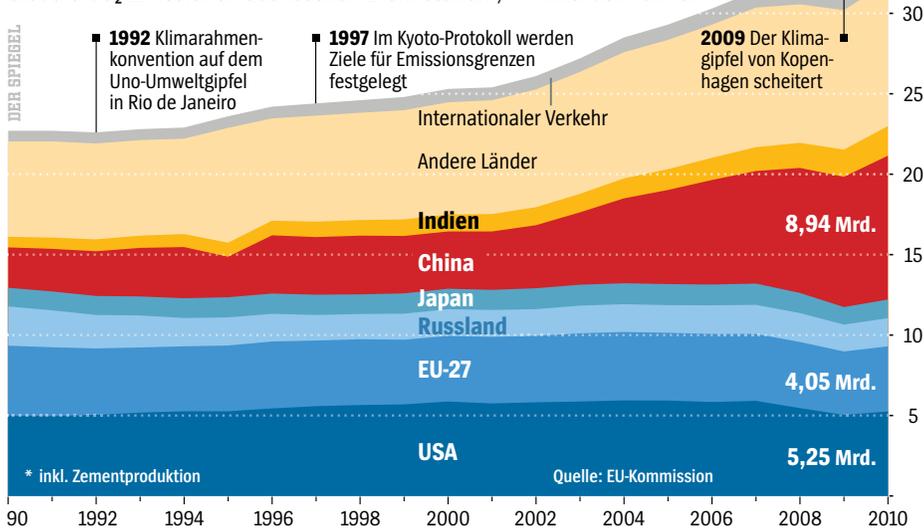
Über das Auswärtige Amt am Wenderschen Markt brach Anfang vergangener Woche die Klimakatastrophe herein. Politiker und Diplomaten aus aller Welt berieten bei einer Konferenz, wie die Erderwärmung die Welt verändern wird. Sie spielten durch, wohin Millionen Küstenbewohner vor Überschwemmungen fliehen könnten, was mit den Fisch- und Rohstoffrechten verschwundener Inselstaaten passieren wird und wie China und Russland von einer eisfreien Arktis profitieren.

Man wolle sich der Gefahren des Klimawandels „offen und kreativ annehmen“, erklärte das Außenamt. Die Übung sollte helfen, „neue Wege der internationalen Kooperation zu finden“.

Doch der Glaube, mit internationaler Kooperation die Erderwärmung aufhalten zu können, ist ein trügerischer. Denn das Kyoto-Protokoll, das weltweit einzige

Hehre Ziele, wachsende Emissionen

Globale CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen*, in Milliarden Tonnen



mus fast vollständig verfliegen. Die internationalen Verhandlungen könnten zu einer „riesigen Enttäuschung“ werden, warnt Merkel nun.

Um eine Erderwärmung aufzuhalten, wäre eine viel schnellere und stärkere CO₂-Minderung nötig, als das Kyoto-Protokoll sie bisher gebracht hat. Doch das ist weit und breit nicht in Sicht. Die bisherigen Emissionsminderungen sind vor allem Folgen von Wirtschaftskrisen und dem Zusammenbruch der Industrie des früheren Ostblocks. Trotz hehrer Rhetorik sind Öl, Erdgas und Kohle die Grundlage modernen Wohlstands geblieben. Große Industrieländer wie Australien und Kanada haben bei ihren Emissionen zugelegt.

Von einem „unumkehrbaren Prozess“ zum Schutz des Klimas, von dem Merkel nach dem Kyoto-Gipfel 1997 gesprochen hatte, ist wenig übrig geblieben. In Schwellenländern wie China, aus denen Konsumartikel für den Weltmarkt stammen, sind die Emissionen sogar so stark angestiegen, dass sie inzwischen weit über denen der USA und Europas liegen. Der weltweite CO₂-Ausstoß aus dem Energieverbrauch wuchs im vergangenen



Klimapolitiker Röttgen, Merkel: „Meilenstein für Umweltschutz“

Jahr trotz Wirtschaftskrise auf einen neuen Rekordwert von 33 Milliarden Tonnen (siehe Grafik), ein Plus von 45 Prozent im Vergleich zu 1990.

In den USA wurde schon das Kyoto-Protokoll nie ratifiziert, das Land ist bis heute nicht bereit, sich beim Energieverbrauch internationalen Pflichten zu unterwerfen, aus Sorge, dies könnte Arbeitsplätze kosten. „Saubere Energie ist in Amerika zu einem schmutzigen Wort geworden“, sagte eine enge Vertraute von US-Präsident Barack Obama kürzlich bei

einem Besuch in Berlin. Inzwischen lehnen es weitere wichtige Länder wie Japan, Kanada und Russland ab, für die Zeit nach 2012 neue verbindliche CO₂-Ziele einzugehen, solange Indien oder China nicht mitziehen. Die aufstrebenden Mächte fordern entschiedenes Handeln von den Industrieländern, bevor sie selbst etwas tun – ein Teufelskreis. „Ohne neue Einsparziele ist Kyoto nur noch eine leere Hülle“, sagt Umweltökonom Schwarze.

In Zeiten der Finanzkrise ist vielen in der Politik eine Bedrohung, die sich erst nach Jahren mit voller Wucht entfaltet, offenbar nicht mehr so wichtig. Zudem haben Fehler und Pannen

zu einem Ansehensverlust der Klimaschützer beigetragen. Vor allem die falsche Vorhersage des Weltklimarats zur Gletscherschmelze im Himalaja hat Gegnern von Klimaschutz eine Steilvorlage geliefert.

Nur die Europäer streiten noch für neue verbindliche Ziele im Rahmen des Kyoto-Vertrags. Vergangene Woche beschloss EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard zusammen mit den Umweltministern der 27 Staaten, in Durban für weitere Verhandlungen einzutreten. Dies

aber mit einer Übergangsfrist bis 2015 – obwohl die Einsparungsverpflichtungen schon 2012 auslaufen.

Es ist der Versuch, noch etwas Zeit zu gewinnen. Das Kyoto-Protokoll soll, wenngleich schon klinisch tot, künstlich am Leben erhalten werden.

Das Siechtum begann spätestens 2009. Auf der Weltklimakonferenz in Kopenhagen scheiterten die Europäer, allen voran Bundeskanzlerin Merkel, mit ihrem vehementen Kampf für einen umfassenden Klimavertrag. Die USA und die aufstrebenden Mächte China, Indien und Brasilien verbündeten sich in Kopenhagen gegen Europa und blockierten verbindliche Ziele. Keiner von ihnen wollte vom Ausland gesagt bekommen, wie viele fossile Energieträger sie in Fabriken, Autos und Gebäuden verbrennen dürfen.

Die Bundesregierung kämpft nach außen für ein neues Abkommen und bringt regelmäßig Entscheider aus aller Welt zusammen, um zu retten, was zu retten ist. Doch längst haben Rückzugsvorbereitungen begonnen. Intern glaubt kein deutscher Unterhändler mehr, dass der Kyoto-Vertrag zu retten ist: „Die EU kann es höchstens allein machen, aber sie steht nur für 15 Prozent der Weltmissionen“, sagt ein führender Klimastratege der Regierung. Die „einzige Folge wäre, dass nach Durban 27 europäische Parlamente

CO₂-Ziele bestätigen müssen, die wir in der EU ohnehin verfolgen“.

Die praktische Alternative zum verbindlichen Klimavertrag besteht seit dem Kopenhagen-Gipfel darin, dass eine lose Liste geführt wird. Auf diesem Dokument trägt jedes Land freiwillig seine nationalen Klimaschutzziele ein. Ob diese Ziele dann eingehalten werden, soll zwar irgendwie überwacht werden. Doch ein Verstoß gegen die eigenen Ziele hätte keinerlei Folgen. Bei so viel Halbherzigkeit ist es wahrscheinlich, dass die globale Erwärmung in den kommenden Jahrzehnten jene zwei Grad Celsius überschreitet, die von der Uno als Schwelle zu einer gefährlich erhitzten Welt definiert wurde.

Einen Plan, dies zu verhindern, gibt es nicht. Stattdessen werden sich die Diplomaten in Durban ab Ende November auf Vorhaben konzentrieren, die allenfalls Details eines großen Abkommens sein dürften, etwa ein „Green Climate Fund“, der Milliarden Euro von reichen in arme Länder lenken soll, um dort eine umweltfreundliche Wirtschaftsentwicklung zu finanzieren. Auch um Projekte, bei denen der Schutz intakter Wälder finanziell entlohnt wird, soll es gehen.

Uno-Klimachefin Figueres gibt zu, dass all dies bei weitem nicht reicht, um eine gefährliche Erderwärmung zu vermei-

den. Jochem Marotzke, Direktor am Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg und Vorsitzender des Deutschen Klima Konsortiums, sieht die Weltklimapolitik an einem Tiefpunkt angekommen. Bei Politik und Bevölkerung nehme das Interesse an Klimafragen ab. „Gegen die Natur lässt sich aber nicht verhandeln“, warnt der Atmosphärenforscher.

„Die Wissenschaftler werden immer überzeugter von ihren Ergebnissen, doch die Bürger immer saturierter“, sagt auch Klimaforscher Hans von Storch vom GKSS-Forschungszentrum in Geesthacht. Die Besorgnis der Bürger über den Klimawandel sei schon im vierten Jahr in Folge gesunken. Den Gewöhnungseffekt sieht er auch als Folge immer schrillerer Alarmtöne, mit denen Umweltschützer, aber auch einige Wissenschaftler in den letzten Jahren aufgefallen sind.

Das Auswärtige Amt hielt das in der vergangenen Woche nicht davon ab, Szenarien eines ungebremsten Klimawandels durchzuspielen. Was Staatsministerin Cornelia Pieper in Anwesenheit der Umweltminister von Bangladesch und den Malediven sagte, klang fast nach Kapitulation: Man müsse sich darauf vorbereiten, in einer Welt zurechtzukommen, die „von globaler Erwärmung und anderen Klimaveränderungen gezeichnet sein wird“.

CHRISTIAN SCHWÄGERL, GERALD TRAUFFETTER